

eigentümlich frei

von Roland Woldag

17. Juli 2009

Gesellschaftskritik

Palliativpolitik

Wesenheit. Begünstigte. Einwände.

Palliativpolitik ist die aktive, ganzheitliche Behandlung von Sozialordnungen mit einer progredienten (voranschreitenden), weit fortgeschrittenen Dekadenz und einer begrenzten Lebenserwartung zu einer Zeit, in der die Gesellschaft nicht mehr auf sachgerechte Politik anspricht.

Die Unterdrückung der durch Schulden, demographische Verwerfungen, psychologische, soziale und spirituelle Probleme ausgelösten Affekte der Bevölkerung ist die primäre Aufgabe der Palliativpolitik. Die Bedienung der Wünsche und Ziele, sowie das Befinden der mächtigsten Interessengruppen stehen im Vordergrund und damit die schmerzfreie Gestaltung der Überlebenszeit der „alternativlosen Ordnung“ um jeden Preis.

Sozialdemokratische Gesellschaften leiden im fortgeschrittenen Verfallsstadium unter Müdigkeit, Schwäche, der Neigung zur Selbstaufgabe und anderen Symptomen. Diese Beschwerden können so belastend sein, dass das Leben unerträglich wird. Mit Propaganda, Umverteilungsmaßnahmen und Brot-und-Spiele-Therapien können diese Beschwerden temporär gelindert werden. Für die Schmerzbehandlung haben sich die Empfehlungen der FED/EZB bewährt, nach denen fiskalische Maßnahmen als Dauertherapie, (nicht nur Bedarfsmedikation) und nach Maßgabe der inneren Spannungen (Stufenleiter der FED/EZB) eingesetzt werden.

Die Stufenleiter empfiehlt bei leichten Schmerzen Medikamente der Stufe 1 (steuerliche Umverteilung), bei mittelstarken bis starken Schmerzen Medikamente der Stufe 2 (Abwrackprämien, Bailouts, Staatsgarantien für marode Strukturen) und in der Stufe 3 die starken Opioide (Geldmengenvervielfachung, Verstaatlichung von Banken und Betrieben).

Ähnliche Stufenpläne können auch für andere Symptome wie zum Beispiel Generalstreik oder Bürgerkrieg in Erwägung gezogen werden.

Begünstigte der Palliativpolitik sind Industrie und Gesellschaft.

Begünstigte Industrie

Derzeit kann nur ein Teil der Unternehmen kostendeckend arbeiten. Insolvente Unternehmen werden entweder nach Fallpauschalen am Leben erhalten oder nach politischer Opportunität, die vom jeweiligen Unternehmen mit den Politikern frei verhandelt werden.

Begünstigte Gesellschaft

Die umfassende Betreuung der Gesellschaft erfordert erhebliche Mittel für die ganze Staffage aus Demagogen, Propagandisten, Sozialarbeitern, Psychologen und Sozialpädagogen. Neben den hauptamtlich Tätigen ist die Einbindung von ehrenamtlichen Geheimdienstmitarbeitern besonders wichtig.

Zwar kommt Palliativpolitik bei den meisten Menschen mit wenig Logik aus, der personelle und zeitliche Aufwand ist dafür umso größer. Wichtig ist dabei, die Forderungen und Schwerpunkte der unterschiedlichen Lobbyistengruppen zu berücksichtigen, um daraus ein finales Ziel für die Gesellschaft abzuleiten.

Palliativpolitik beschränkt sich aber nicht auf die Behandlung der physischen Symptome, sondern nimmt auch die psychologischen, sozialen und spirituellen Probleme der Gesellschaft auf. In diesem Zusammenhang lohnt die Betrachtung der Tagesschau von vor 20 Jahren, welche auf EinsExtra jeden Abend feilgeboten wird. Vergleicht man diese mit der aktuellen Sendung, wird deutlich, dass die gesamte Nachrichtenerstattung heute im Dienste der Palliativpolitik steht.

Mit der fortschreitenden Morbidität der modernen, säkularisierten Gesellschaften ist die Beherrschung der zivilisatorischen Verfallsformen zunehmend problematisch geworden. Maßnahmen wie Konjunktur- und Sozialprogramme werden aber auch noch angeboten, wenn nur noch winzige oder gar keine Erfolgsaussichten bestehen.

Als wesentliche Komponenten der Palliativpolitik gelten Systemkontrolle, psychosoziale Manipulation, Überwachung und Zensur. Palliative Politik wird durch die Angehörigen der problemverursachenden Systemparteien selbst betrieben. Häufig werden Palliativpolitiker auch noch nach dem Kollaps der Ordnung weiter eingesetzt.

Alle vier Jahre werden Wahlen durchgeführt, vor denen die aktuellen Entwicklungen in der Palliativpolitik vorgestellt und diskutiert werden. 2003 erschien bereits das deutschsprachige Standardwerk zum Verständnis der Palliativpolitik: „Demokratie, Der Gott der keiner ist“, von Hans Hermann Hoppe.

Die Bundes-Parteien haben im November 2007 Palliativpolitik als verbindlich eingeführt. Mittlerweile existieren fünf staatstragende Großparteien in Deutschland, die sich der Palliativpolitik verpflichtet fühlen. Die im Jahre 1946 gegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Linke) ist die Fachpartei, die bereits über Erfahrungen mit Untergang und Wiederaufstieg verfügt. Sie vertritt neben Kommunisten auch Angehörige anderer sozialistischer Gruppen. Doch nicht nur sie formuliert als Ziel, Aufbau und Fortschritt der Palliativpolitik zu fördern und die bestmögliche Versorgung ihrer Klienten anzustreben.

Einwände gegen Palliativpolitik

Palliativpolitik sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten.

Völker sollten das Recht haben, alle Behandlungen abzulehnen. Und das Recht, zu sterben.

Aus den sich zum Teil widersprechenden Anforderungen an die Behandlung (man kann zum Beispiel durch Unterlassen einer Therapie eine Leidensverkürzung bewirken), ergeben sich naturgemäß Konflikte und Diskussionen. Insbesondere scheint der moralische Unterschied zwischen erlaubter, indirekter Sterbehilfe und verbotener, direkter Sterbehilfe bedeutsam zu sein.

Bei der indirekten Sterbehilfe verabreicht der Palliativpolitiker frisch gedrucktes Geld zum Zwecke der Linderung, wobei der Tod dann aufgrund nicht beabsichtigter Nebenwirkungen eintritt.

Bei der direkten Sterbehilfe werden von jeher Hieb-, Stich- und Schusswaffen eingesetzt.

Palliativpolitik könnte sich aber auch als über den Systemtod hinausgehende Begleitung hin zu einer Sozialordnung verstehen, die durch neue Perspektiven die individuelle Freiheit steigert und Sicherheit und Geborgenheit in den bewährten Strukturen Ehe, Familie und Privateigentum wieder möglich macht.